



21.473 Parlamentarische Initiative

Investitionen in den Klimaschutz mit Bundesmitteln unterstützen

Eingereicht von: Grüne Fraktion

Sprecher/in: Girod Bastien
Grüne Fraktion
GRÜNE Schweiz

Einreichungsdatum: 18.06.2021

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Das CO2-Gesetz ist so anzupassen, dass zumindest ein Teil der im CO2-Gesetz geplanten Investitionen in den Klimaschutz neu statt über zweckgebundene Lenkungsabgaben über Bundesmittel finanziert werden.

Beispielsweise die Verminderung der CO2-Emissionen von Gebäuden und Mobilität, die Förderung von Technologien zur Verminderung von Treibhausgasen, die Finanzierung von Massnahmen zur Vermeidung von Schäden der Klimaerwärmung, den Ausbau des Nachzug-Angebots etc.

Begründung

Die Klimaerhitzung ist Realität. Klimaschutz ist eine Pflicht, deshalb müssen Klimaschutzmassnahmen und Innovationen sehr schnell finanziert werden. Es geht darum heute zu investieren, um zukünftige Klimaschäden zu vermeiden und um mehr sichere Arbeitsplätze zu schaffen, sowie eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft zu ermöglichen. Mit dem Nein zur CO2 Gesetz-Revision vom 13. Juni 2021 ist die Finanzierung vieler geplanter Massnahmen nicht über einen Klimafond möglich. Dies obwohl viele dieser geplanten Massnahmen kaum bestritten waren. Vielmehr waren es die zweckgebundenen Lenkungsabgaben, welche auf Widerstand stiessen.

Deshalb soll ein Teil dieser Massnahmen zumindest vorübergehend über Bundesmittel finanziert werden. Hierzu sind die Gesetzlichen Grundlagen für entsprechende Rahmenkredite zu schaffen.

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR (UREK-NR)

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR (UREK-SR)

Zuständige Behörde

Parlament (Parl)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Links

